

Ausweisrichtlinie

# Konsolidierter Vermögens- und Erfolgsausweis von Bankkonzernen gem. § 59 BWG Konzernmeldung

## Anlage B1

gemäß § 74 Abs. 1 BWG



# Versionsübersicht

## **Jänner 2008:**

- 5.3.1: Darstellung der Marktwerte in den Detailtabellen Derivate
- 5.4.2: Ergänzung zu den Segmentinformationen

## **Juli 2008:**

- 3.1: Umstellung auf IFRS
- 3.2: Darstellung von Prozentangaben
- 5.1.18: Berechnung der Position 4150700
- 5.2.10: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.2.11: Ergänzung zur Nettodarstellung
- 5.2.12: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.3.1: Ergänzung zu Derivaten
- 5.4.1: Ergänzung zur Vorzeichenregelung
- 5.4.2: Ergänzung zu den Segmentinformationen
- 6.: Neue zusätzliche Fragen/Antworten

## **Oktober 2008:**

- 5.: „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“
- 5.1.12: Verbindlichkeiten gg. Kunden
- 5.2.12: Darstellung von Ertragssteuern

## **Februar 2009:**

- 5.4.2: Segmentinformationen

## **November 2009: (neue Strukturierung)**

- D. 4.1: Zusatzangaben - Kennzahlen

## **April 2010:**

- Präzisierung der Überschrift in der Detailtabelle Derivate. Änderung des Titels "Summe Derivate" auf "Summe Derivate gemäß Anlage 2 zu § 22 BWG - Handelsbuch"
- Präzisierung der Überschrift in der Detailtabelle Zusatzangaben von "Zentral- und Osteuropa CEE" auf "Zentral-, Ost- und Südosteuropa und GUS-Staaten (CESEE & CIS)"

## **Juli 2010:**

- D.3: Präzisierung der Ausweisrichtlinien für Derivate

## **November 2010:**

- D.1.16: Sonstige Passiva
- D.3.1: Präzisierung der Ausweisrichtlinien für Derivate
- E.: Zusätzliche Fragen/Antworten zum Ausweis von Cross Currency Swaps

## **Juli 2011:**

- D.1.18: Posten unter der Bilanz
- D.3.1: Präzisierung der Ausweisrichtlinien für Derivate

## **September 2011:**

- D.1.18: Posten unter der Bilanz
- D.3.1: Präzisierung der Ausweisrichtlinien für Derivate (MM-Futures) E.: Zusätzliche Fragen/Antworten zu den Zusatzangaben



## Jänner 2012:

E.: Zusätzliche Fragen/ Antworten zu den Zusatzangaben

## März 2014:

D.1.18: Schaubildanpassungen an die CRR-VO

D.3.1: Schaubildanpassungen an die CRR-VO

D.3.2: Schaubildanpassungen an die CRR-VO

## November 2015:

Anpassung der „sonstigen Aktivposten“ und „sonstigen Passivposten“ (Hinzunahme der Rechnungsabgrenzungsposten), um eine Bilanzsummengleichheit zwischen nGAAP und VERA zu gewährleisten.

## Juni 2016:

Anpassung der „sonstigen Aktivposten“: ab dem Meldestichtag 31.03.2016 sind aktive Steuerlatenzen miteinzubeziehen.

## Februar 2017:

Entfall der Templates zum Bankbuch (Derivate gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 + Kreditderivate - Bankbuch), Handelsbuch (Derivate gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 + Kreditderivate - Handelsbuch) und Summe Derivate (Summe Derivate gemäß Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 + Kreditderivate – Handelsbuch) im Zuge der 372. Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), BGBl. II Nr. 372/2016. Kapitel 3 dieser Ausweisrichtlinien somit durchgestrichen.

## August 2020

Die folgenden Änderungen wurden durch die VERA Novelle 2020 eingeführt und sind mit BT 12/2020 umzusetzen:

- Meldeeinheit Cent genau (statt wie bisher in Tsd. EUR).
- Die Änderungen der Erhebungsstammdaten aufgrund der Meldungswertanpassungen können aus technischen Gründen für die quartalsweisen VERA-Erhebungen erst nach Verarbeitung des BT Q3/2020 veröffentlicht werden. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung können alle Meldungen (Ersatz/Korrekturmeldungen vor BT 12/2020) nur noch in der neuen Meldeeinheit, welche ab BT 12/2020 zu melden ist, abgegeben werden.
- 2 neue Meldekonzeppte:  
Betreutes Kundenvermögen => 8510000  
hievon: verwaltetes Kundenvermögen => 8510100
- Meldekonzeppt „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“ 800000, die Fußnote wird von (ALT) "1" = ja, "2" = nein geändert auf (NEU) „J“ = ja, „N“ = nein.  
**D.h. ab BT 12/2020 können bei den oben angeführten Meldekonzeppten nur noch „J“ und „N“ gemeldet werden.**
- Im Zuge der Harmonisierung im Meldewesen werden auch die Prozentmeldekonzeppte nur noch als 100%=1 statt 100%=100 zu melden sein mit BT 12/2020 (und auch ev. Korrekturen vor 12/2020).



## Dezember 2020

Nach Abstimmung mit der FMA fand ein Melderkreisabgleich auf konsolidierter Basis statt! Hier wurden alle konsolidierten nationalen Erhebungen miteinander verglichen und auch die einzelnen Meldepflichten.

In der AR für die Erhebung 52 gab es bis dato den folgenden Satz betreffend die Meldepflicht:

Finanzholdings, die nach § 59 BWG bilanzieren, müssen ihre Jahresabschlussdaten (nur) zum Jahresabschluss-Stichtag gemäß § 4 JKAB-V (Jahres- und Konzernabschluss-Verordnung) melden. Daher sind sie von der Meldung im Teil B1 ganzjährig befreit.

**Dieser Satz ist inhaltlich nicht korrekt und wurde komplett aus der Ausweisrichtlinie gestrichen!**

In Abstimmung mit der FMA hätte schon seit Jahren immer auf höchster Konsolidierungsstufe gemeldet werden müssen. In Absprache mit der FMA wird auf rückwirkende Korrekturen verzichtet, jedoch muss zukünftig ab Berichtstermin (BT) Q1/2021 auf höchster Konsolidierungsstufe gemeldet werden.



## Inhalt

A. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN .....	6
1. Gesetzliche Grundlage .....	6
2. Abgrenzung des Meldekreises .....	6
2.1 Konsolidierungskreis für die Meldung .....	6
3. Vorlage des konsolidierten Vermögens- und Erfolgsausweises .....	6
3.1 Übersicht .....	7
4. Ansprechpartner .....	8
B. GRUNDLAGEN DER DARSTELLUNG .....	8
1. UGB/BWG als Grundlage der Bilanzierung, Bewertung und Darstellung .....	8
2. Wertansatz und Ausweisung .....	8
C. AUFBAUSTRUKTUR VON TEIL B1 .....	9
1. Vermögensausweis (Tabelle 1) .....	9
2. Erfolgsausweis (Tabelle 2) .....	9
3. Detailtabellen .....	9
D. INHALTE AUSGEWÄHLTER POSITIONEN .....	10
1. Vermögensausweis .....	10
1.1 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind .....	10
1.2 Forderungen an Kreditinstitute .....	10
1.3 Forderungen an Kunden .....	11
1.4 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere .....	11
1.5 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere .....	11
1.6 Beteiligungen .....	11
1.7 Anteile an verbundenen Unternehmen .....	11
1.8 Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens .....	11
1.9 Sachanlagen .....	12
1.10 Sonstige Aktivposten .....	12
1.11 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten .....	12
1.12 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden .....	12
1.13 Verbriefte Verbindlichkeiten .....	12
1.14 Rückstellungen .....	12
1.15 Nachrangige Verbindlichkeiten .....	13
1.16 Sonstige Passivposten .....	13
1.17 Eigenkapital und Fremdanteile .....	13
1.18 Betreutes Kundenvermögen .....	13
2. Erfolgsausweis .....	14
2.1 Zinsen und ähnliche Erträge .....	14
2.2 Zinsen und ähnliche Aufwendungen .....	14
2.3 Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen .....	14
2.4 Provisionserträge .....	14
2.5 Provisionsaufwendungen .....	14
2.6 Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften .....	14
2.7 Sonstige Betriebserträge .....	14
2.8 Personalaufwand .....	14
2.9 Sonstige betriebliche Aufwendungen .....	14
2.10 Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen und Rückstellungen .....	14
2.11 Außerordentliches Ergebnis .....	15
2.12 Steuern und Einkommen und Ertrag .....	15
4. Zusatzangaben .....	16
4.1 Kennzahlen .....	16
4.2 Zusatzangaben (Segmentinformationen) .....	16
E. HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN .....	18



# **A. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN**

## **1. Gesetzliche Grundlage**

Das übergeordnete Kreditinstitut hat gemäß § 74 Abs. 1 BWG quartalsweise einen Vermögens- und Erfolgsausweis (VEA) im Sinne des Konzernabschlusses gemäß § 59 BWG entsprechend der in der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweisverordnung (VERA-V) festgelegten Gliederung zu erstellen und gemäß § 79 Abs. 2 BWG der Oesterreichischen Nationalbank zu übermitteln. Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft und ist erstmalig auf Meldungen zum Stichtag 31. März 2008 anzuwenden.

## **2. Abgrenzung des Meldekreises**

### **2.1 Konsolidierungskreis für die Meldung**

In Bezug auf den Meldeumfang im B1 liegt eine meldepflichtige Kreditinstitutsgruppe gemäß § 59 BWG vor. Ein übergeordnetes Kreditinstitut liegt gemäß § 30 BWG vor. Im vorliegenden Teil B1 ist ein Vermögens- und Erfolgsausweis im Sinne des Konzernabschlusses gemäß § 59 BWG vom übergeordneten Kreditinstitut zu jedem Quartalsstichtag unterjährig zu melden.

Gemäß § 10 Abs. 1 VERA-V haben übergeordnete Kreditinstitute, die einen Konzernabschluss nach § 59 BWG erstellen, den VEA im laufenden Jahr nicht zu übermitteln, wenn die Differenz zwischen dem Betriebsergebnis des Konzerns und dem gemäß der Anlage 2 zu Art. I § 43 BWG, Teil 2, IV. zusammengesetzten Betriebsergebnis des nicht-konsolidierten Jahresabschlusses des übergeordneten Kreditinstitutes nicht mehr als 5vH dieses Betriebsergebnisses des übergeordneten Kreditinstituts beträgt, wobei für die Feststellung der Meldebefreiung jeweils die Werte des vorangegangenen Geschäftsjahres heranzuziehen sind. Der Konsolidierungskreis ist zu jedem Meldestichtag an die Verhältnisse zu adaptieren. Kreditinstitutsgruppen, die für das aktuelle Geschäftsjahr erstmalig einen Konzernabschluss nach § 59 BWG (UGB/BWG) aufstellen, müssen im selben Jahr ihre Daten nach dem Schaubild Teil B1 VERA-V melden.

## **3. Vorlage des konsolidierten Vermögens- und Erfolgsausweises**

Der Teil B1 ist gemäß § 8 VERA-V unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres, spätestens aber zwei Monate nach dem Berichtstermin zu übermitteln.



### 3.1 Übersicht

Meldestichtag	Periodizität	Bezeichnung	Umfang	Meldetermin	Gesetzliche Grundlage
31. März	quartalsweise	VEA-Teil B1	Anlage B1	§ 8 VERA-V	VERA-V
30. Juni	quartalsweise	VEA-Teil B1	Anlage B1	§ 8 VERA-V	VERA-V
30. Sept.	quartalsweise	VEA-Teil B1	Anlage B1	§ 8 VERA-V	VERA-V
31. Dezember	quartalsweise	VEA-Teil B1	Anlage B1	§ 8 VERA-V	VERA-V

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2007 in Kraft und ist erstmalig auf Meldungen zum Stichtag 31. März 2008 anzuwenden.

#### Meldeformat

Gemäß § 16 VERA-V sind die meldepflichtigen KI verpflichtet, die Übermittlung des konsolidierten Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises an die OeNB ausschließlich mittels elektronischer Datenübertragung durchzuführen. Die von der FMA vorgegebenen Mindestanforderungen betreffen den Satzaufbau der Daten (siehe DV technische Schnittstelle auf der OeNB-Homepage<sup>2</sup>), die technischen Übertragungsvorgaben sowie die Einhaltung der veröffentlichten Prüfregele. Sollten prüfregelfehlerhafte Daten übermittelt werden, gilt die Übermittlung als NICHT erfolgt. Das jeweils gültige allgemeine Prüfregeilverzeichnis ist auf der OeNB-Homepage ersichtlich.

Da laut § 98 Abs. 2 Z8 BWG jedes Kreditinstitut verpflichtet ist, die Meldung (somit auch den VEA) der OeNB inhaltlich richtig, innerhalb der vorgesehenen Fristen und durch die Verordnung festgelegten Formvorschriften entsprechend zu übermitteln, behält sich die OeNB zu Kontrollzwecken vor, zusätzliche Prüfregele zu definieren, die nicht veröffentlicht werden, deren Einhaltung sich aber aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und/oder des logischen Aufbaues der Verordnung zwangsweise ergeben. Eine Nichtmeldung wird verwaltungsstrafrechtlich sanktioniert.

---

<sup>2</sup> [http://www.oenb.co.at/melde4\\_p.htm](http://www.oenb.co.at/melde4_p.htm)



## **4. Ansprechpartner**

Vorgangsweise bei inhaltlichen Anfragen zum Teil B1 bzw. zu den einzelnen Positionen bitte um ein Mail an [Meldeverarbeitung.AUFSTAT@oenb.at](mailto:Meldeverarbeitung.AUFSTAT@oenb.at):

# **B. GRUNDLAGEN DER DARSTELLUNG**

## **1. UGB/BWG als Grundlage der Bilanzierung, Bewertung und Darstellung**

Der Teil B1 (VEA-Konzernmeldung nach UGB/BWG) basiert auf die jeweils gültigen Vorschriften des österreichischen Bankwesengesetzes und Unternehmensrechts.

Bei einer Umstellung des Rechnungswesens von UGB/BWG (§ 59 BWG) auf IFRS (§ 59a BWG) hat der Melder seine Umstellung der Ermittlung der Ordnungsnormen auf Grundlage internationaler Rechnungslegungsstandards gem. § 29a Abs. 2 BWG anzuzeigen und alle sonstigen Meldevorschriften dementsprechend einzuhalten. Gemäß § 29a Abs. 2 BWG hat das übergeordnete Kreditinstitut die Umstellung spätestens drei Monate vor Beginn des betroffenen Geschäftsjahres der FMA und der OeNB schriftlich anzuzeigen und für ihre quartalsmäßige Meldung zum Vermögens- und Erfolgsausweis (gem. § 59a BWG) das neue Meldewesenformat Teil C1 (FINREP) zu verwenden.

Diese Ausweisrichtlinien sind allerdings NICHT als Interpretation des UGB oder BWG anzusehen. Die Ausweisrichtlinien dienen lediglich nur zur Erläuterung der Meldeinhalte ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Es liegt im Verantwortungsbereich der Melder alle relevanten Rechtsvorschriften einzuhalten.

## **2. Wertansatz und Ausweisung**

Die zu meldenden Werte sind auf Cent genau ab dem BT 12/2020 anzuführen. Die Prozentwerte sind mit 100%=1 zu melden mit max. 4 Nachkommastellen. Näheres siehe DV technische Schnittstelle auf der OeNB-Homepage.

Die Daten des Vermögensausweises sind auf Basis des entsprechenden Stichtages, die Daten des Erfolgsausweises unterjährig auf kumulierter Basis zu übermitteln, d.h. in der Position "Jahresergebnis" ist unterjährig das Periodenergebnis auszuweisen. Die Berechnung der Kennzahlen erfolgt durch den Melder, der Rechenmodus ist im Rahmen der Meldung der OeNB bekannt zu geben.

Vorzeichen (+ oder -) sind nur dann anzuführen, wenn es sich um Saldopositionen handelt. Definierte "Abzugsposten" sind ohne Vorzeichen anzugeben.



---

<sup>3</sup> [http://www.oenb.co.at/melde4\\_p.htm](http://www.oenb.co.at/melde4_p.htm)

## **C. AUFBAUSTRUKTUR VON TEIL B1**

### **1. Vermögensausweis (Tabelle 1)**

Tabelle 1.1: Vermögenswerte

Tabelle 1.2: Verbindlichkeiten

### **2. Erfolgsausweis (Tabelle 2)**

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

### **3. Detailtabellen**

Tabelle: Derivate gemäß Anlage 2 zu § 22 BWG und Kreditderivate (Bankbuch und Handelsbuch)

Tabelle: Summe Derivate

Tabelle: Kennzahlen und Zusatzangaben (Segmentinformationen) von Konzernen



## **D. INHALTE AUSGEWÄHLTER POSITIONEN**

Die Meldeposition „Vom Bankprüfer geprüfte Daten“ ist nur zum Jahresultimo (jährlich) zu melden.

### **1. Vermögensausweis**

#### **1.1 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind**

Hier sind Bundesschatzscheine, Schatzanweisungen, andere Schuldtitel öffentlicher Stellen sowie Wechsel auszuweisen, sofern sie zur Refinanzierung<sup>4</sup> bei der Zentralnotenbank der Niederlassungsländer zugelassen sind bzw. im Rahmen des ESZB Tier II-fähig sind. Das heißt, hier sind sämtliche Schuldtitel öffentlicher Stellen zu melden, die entweder im Rahmen des ESZB (sog. Tier I Papiere) oder bei der Zentralnotenbank des Niederlassungslandes des KI als refinanzierungsfähig deklariert wurden.

Schuldtitel öffentlicher Stellen, die die genannte Voraussetzung nicht erfüllen, sind - sofern sie festverzinslich und zum Börsenhandel zugelassen sind - unter "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere", sind diese nicht zum Börsenhandel zugelassen, unter "Forderungen an Kunden (entweder Sektor Bund, Länder oder Gemeinden) auszuweisen.

Wechsel, die die oben genannte Voraussetzung nicht erfüllen, sind entsprechend entweder unter "Forderungen an Kreditinstitute" oder "Forderungen an Kunden" zu melden.

#### **1.2 Forderungen an Kreditinstitute**

Alle Arten von Forderungen aus Bankgeschäften an in- und ausländische Kreditinstitute (KI) in EUR und in Fremdwährung. Demnach sind sowohl nicht verbrieft Forderungen als auch verbrieft Forderungen in diese Position einzustellen; verbrieft Forderungen allerdings nur dann, wenn diese festverzinslich und NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind.

Zu den nicht verbrieften Forderungen an Kreditinstituten zählen auch Namensschuldverschreibungen, und zwar dann, wenn bei diesen vertraglich eine Übertragbarkeit ausgeschlossen ist. Dazu zählt auch das in nicht verbrieft Form vorhandene Ergänzungskapital.

Unter verbrieften Forderungen sind sowohl im Eigenbestand befindliche begebene eigene Emissionen (sofern sie nicht zum Börsenhandel zugelassen sind) als auch andere verbrieft Forderungen zu verstehen. Verbrieft Forderungen aus eigener Begebung sind gesondert zu kommentieren. Hier sind Namensschuldverschreibungen dann auszuweisen, wenn sie eine übertragbare Urkunde darstellen.

In dieser Position werden auch gebundene Guthaben bei den Zentralbanken ausgewiesen. Ebenfalls werden Wechsel, bei denen der Akzeptant ein KI ist, hier ausgewiesen; weiters auch Wertpapiere, die von einem Kreditinstitut emittiert wurden, aber NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind.

---

<sup>4</sup> Eine detaillierte Darstellung sämtlicher - die Refinanzierung betreffende - Geschäftsbestimmungen finden Sie in der Publikation "Geschäftsbestimmungen der Oesterreichischen Nationalbank für geldpolitische Verfahren", die Sie in der Poststelle der Oesterreichischen Nationalbank, Otto-Wagner Platz 3, 1090 Wien anfordern können.



### **1.3 Forderungen an Kunden**

Alle Arten von Forderungen an in- und ausländische Nichtbanken in EURO und in Fremdwährung. Darunter fallen sowohl Forderungen in verbriefter als auch nicht verbriefter Form. (verbrieft Forderungen allerdings nur dann, wenn diese festverzinslich und NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind).

Hierunter fallen alle Darlehen, Kredite und sonstige Ausleihungen, Treuhandausleihungen. Ebenfalls hier werden Wechsel, bei denen der Akzeptant eine „Nichtbank“ ist, ausgewiesen. Weiters auch Wertpapiere, die von einer „Nichtbank“ emittiert wurden, aber NICHT zum Börsenhandel zugelassen sind. Diese sind unter der Position "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" darzustellen.

### **1.4 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

Diese Position enthält börsennotierte, festverzinsliche Wertpapiere. Wertpapiere von öffentlichen Emittenten werden hier nur dann ausgewiesen, wenn sie nicht unter "Schuldtitel öffentlicher Stellen..." auszuweisen sind.

### **1.5 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

Unter dieser Position werden gelistete, nicht festverzinsliche Wertpapiere erfasst. Nicht festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten werden hier nur dann ausgewiesen, wenn sie NICHT unter "Schuldtitel öffentlicher Stellen..." auszuweisen sind. Ebenso werden hier fremde Aktien und Investmentzertifikate ausgewiesen. Aktien sind nur dann in dieser Position einzuordnen, wenn sie NICHT als Beteiligung auszuweisen sind.

### **1.6 Beteiligungen**

In dieser Position sind alle Anteilsrechte an anderen Unternehmungen, gleich ob in Form von Aktien oder anderen Formen, auszuweisen, die dem Beteiligungsbegriff des § 29 BWG entsprechen. Die Dauer der Verbindung ist für den Ausweis irrelevant, weil keine getrennte Darstellung von Finanzanlagen des Anlagevermögens und der Anteile des Umlaufvermögens erfolgt.

Treffen obige Voraussetzungen für die Einordnung in die Beteiligungen nicht zu, so sind Aktien in die Position "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere - Aktien", sonstige Anteilswerte (Ges.m.b.H.-Anteile, Genossenschaftsanteile) im Rahmen der "Sonstigen Aktivposten" aufzunehmen.

In dieser Position sind assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode oder Anschaffungskosten bilanziert werden, vollkonsolidierte Tochterunternehmen, die nicht unter der Definition § 30 Abs. 1 BWG fallen (z.B. Versicherungsunternehmen, die keine Kreditinstitute nach BWG darstellen).

### **1.7 Anteile an verbundenen Unternehmen**

Verbundene Unternehmen sind als solche zu bezeichnen, die unter einheitlicher Leitung gemäß § 244 UGB oder unter einem beherrschenden Einfluss stehen. Als verbundene Unternehmen gelten nur jene Beteiligungen, wo ein Mutter-/Tochterverhältnis gegeben ist. In der Konzernmeldung sind unter dieser Position nur solche Anteile an verbundenen Unternehmen auszuweisen, die vom übergeordneten Kreditinstitut nicht vollkonsolidiert werden.

### **1.8 Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens**

Erfasst werden eventuelle Bestands- und Nutzungsrechte, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen, Firmenwerte sowie aktivierte (gekaufte)



Softwarelizenzen. Zu erfassen sind auch geleistete Anzahlungen (Vorleistungen) für den Erwerb immaterieller Vermögenswerte. Immaterielle Vermögenswerte dürfen nur im Falle des entgeltlichen Erwerbs aktiviert werden.

## **1.9 Sachanlagen**

Unter dieser Position werden Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen, geleistete Anzahlungen und Anlage in Bau, Einrichtungen, die dem Anlagevermögen dienen, ausgewiesen.

## **1.10 Sonstige Aktivposten**

Diese Position beinhaltet alle sonstige Forderungen und Vermögenswerte, die nicht einem bestimmten anderen Posten zuzuordnen sind. Beispielsweise: Rechnungsabgrenzungsposten, Mietforderungen, Steuerforderungen, Anzahlungen, Edelmetalle, Schecks, Gehaltsvorschüsse, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine, Betriebsverrechnungen u.v.a.m. Ab dem Meldestichtag 31.03.2016 sind unter dieser Position – vorerst interimistisch, bis zur im Herbst 2016 geplanten BWG-Novelle - aktive Steuerlatenzen zu melden.

## **1.11 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind alle Arten von Verbindlichkeiten aus Bankgeschäften des Kreditinstitutes gegenüber in- und ausländischen Kreditinstituten ungeachtet ihrer Bezeichnung im Einzelfall. Ausgenommen sind lediglich die in Form von Schuldverschreibungen oder in anderer Form verbriefter Verbindlichkeiten; diese sind unter „Verbrieften Verbindlichkeiten“, sofern es sich um Ergänzungskapital handelt, unter „Ergänzungskapital“, bzw. bei nachrangigen Verbindlichkeiten unter „Sonstigen Passivposten-Nachrangige Verbindlichkeiten“ auszuweisen.

In dieser Position sind auch Namensschuldverschreibungen auszuweisen, und zwar dann, wenn diese von einem anderen Kreditinstitut übernommen wurden und vertraglich eine Übertragbarkeit ausgeschlossen wurde. Ist diese vertragliche Vereinbarung nicht geschlossen worden, sind derartige Papiere unter den verbrieften Verbindlichkeiten auszuweisen.

## **1.12 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

Hier werden die Stände der Spareinlagen, Sparbriefe und sonstige Verbindlichkeiten gg. Nichtbanken erfasst. Alle Giroeinlagen, Termineinlagen und aufgenommene Gelder in EUR und Fremdwährung von Nichtbanken. Nicht unter dieser Position sind verbrieftete Verbindlichkeiten (in Form von Schuldverschreibungen oder andere verbrieftete Verbindlichkeiten) auszuweisen. Diese sind unter der Position "Verbrieftete Verbindlichkeiten", sofern es sich um Ergänzungskapital handelt, unter „Nachrangigen Verbindlichkeiten“ auf die Passivseite darzustellen.

## **1.13 Verbrieftete Verbindlichkeiten**

Diese Position beinhaltet sowohl Schuldverschreibungen wie auch Verbindlichkeiten, die für übertragbare Urkunden ausgestellt worden sind. Dazu zählen eigene Anleihen, Kassenobligationen, andere verbrieftete Verbindlichkeiten einschließlich Depositenzertifikate, Bond de Caisse und Commercial Papers.

## **1.14 Rückstellungen**

Rückstellungen dienen der Erfassung von Aufwendungen und Verlusten, die dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt sind und noch nicht endgültig sind, sowie Verbindlichkeiten und Lasten, die bereits bestehen, sich aber der Höhe nach nicht genau bestimmen lassen, oder deren Bestehen zweifelhaft sind. Bei den Rückstellungen handelt es sich immer um Fremdkapital.



### **1.15 Nachrangige Verbindlichkeiten**

~~Für den Ausweis ist die Definition nach § 23 BWG maßgeblich. Nachrangige Verbindlichkeiten sind grundsätzlich verbrieft oder unverbrieft, die vertragsgemäß im Falle der Liquidation oder eines Konkurses erst nach den Forderungen anderer Gläubiger befriedigt werden sollen.~~

### **1.16 Sonstige Passivposten**

Ausgewiesen werden hierunter alle sonstigen Verbindlichkeiten. Beispielsweise: Rechnungsabgrenzungsposten, Mietzinsverrechnungen, Steuerschulden, erhaltene Anzahlungen und Kautionen, diverse Verbindlichkeiten aus der Personalverrechnung, Ergänzungskapital u.v.a.m.

Auch Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, die bis zur vollen Höhe am Verlust teilnehmen oder bei denen sich die Gesellschafter vertraglich verpflichtet haben, ihre Einlagen solange nicht zurückzufordern, bis die Gläubiger in voller Höhe befriedigt worden sind, sind in dieser Position anzuführen. Diese gelten jedoch nicht als Eigenmittel im Sinne von § 23 BWG. Andere Verpflichtungen gegenüber stillen Gesellschaftern sind den Verpflichtungen gegenüber Kunden-Einlagen zuzurechnen.

### **1.17 Eigenkapital und Fremddanteile**

Für den Ausweis des Eigenkapitals ist die Definition nach Unternehmensrecht maßgeblich. Zusätzlich sind Fremddanteile (Minderheitenanteile) als Hievon-Position auszuweisen.

Meldeinhalte der Meldepositionen: 4150800 und 4150900.

Sie sind grundsätzlich Hievon-Positionen in den Konzernmeldungen, die als Zusatzinformation für Analysezwecke dienen und unter der Bilanz gesondert auszuweisen sind.

4150800: in den Aktivposten 2 bis 5 und 11 (Schuldtitel öffentlicher Stellen, Forderungen an KI, Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche WP, sonstige Aktivposten) enthaltenen verbrieften und unverbrieften Forderungen an verbundene Unternehmen;

4150900: in den Passivposten 1, 2, 3 und 7 (Verb. geg. KI, Verb. geg. Kunden, Verbrieft Verb., Nachrangige Verb.) enthaltenen verbrieften und unverbrieften Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

### **1.18 Betreutes Kundenvermögen**

Betreutes Kundenvermögen und die Hv.-Position verwaltetes Kundenvermögen sind ab BT 12/2020 neu zu melden!



## **2. Erfolgsausweis**

### **2.1 Zinsen und ähnliche Erträge**

Hierunter zählen alle Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens sowie des Handelsbestandes, aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus sonstigen Vermögensgegenständen.

### **2.2 Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie sonstigen Verbindlichkeiten.

### **2.3 Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen**

Unter dieser Position werden Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechte und nicht festverzinslichen Wertpapiere und Investmentfonds ausgewiesen. Im Weiteren werden die Erträge aus Beteiligungen und aus verbundenen Unternehmen erfasst.

### **2.4 Provisionserträge**

Ausgewiesen werden Provisionen im Zusammenhang mit der Kontoführung sowie alle im Provisionsgeschäft anfallende Erträge und Gebühreneinnahmen.

### **2.5 Provisionsaufwendungen**

Ausgewiesen werden alle im Provisionsgeschäft anfallenden Aufwendungen.

### **2.6 Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften**

Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften sind realisierte Bewertungsergebnisse aus Geschäften in Wertpapieren, die nicht als Finanzanlagen bewertet werden und Teil des Handelsbestandes sind. Darüber hinaus realisierte Kursgewinne/Kursverluste aus Devisen und Valuten, Münzen und Medaillon sowie Erträge aus sonstigen Finanzgeschäften (Termingeschäfte).

### **2.7 Sonstige Betriebserträge**

Darunter werden realisierte Verkaufsgewinne aus Sachanlagevermögen und Erträge aus der Vermietung und Verpachtung oder Erträge aus Leasinggeschäften ausgewiesen.

### **2.8 Personalaufwand**

Unter den Personalaufwendungen fallen: gesetzliche Sozialabgaben, freiwillige Sozialleistungen, Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung, Beiträge zu Pensionskassen, Dotierung/Auflösung der Pensionsrückstellung, Dotierung/Auflösung der Abfertigungsrückstellung.

### **2.9 Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Darunter werden alle Sachaufwendungen, realisierte Verkaufsverluste aus Sachanlagevermögen sowie Aufwendungen für nicht betrieblich genutzte Liegenschaften ausgewiesen.

### **2.10 Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen und Rückstellungen**

In dieser Position werden die folgenden Ergebnisse saldiert dargestellt:

- WB auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken
- Erträge aus der Auflösung von WB auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken



- WB auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen
- Erträge aus der Auflösung von WB auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

Eine Dotierung ist mit negativem, eine Auflösung mit positivem Vorzeichen zu melden.

### **2.11 Außerordentliches Ergebnis**

Hier sollten solche Erträge und Aufwendungen netto ausgewiesen werden, die dem Grunde und/oder der Höhe nach außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen.

### **2.12 Steuern und Einkommen und Ertrag**

Unter dieser Position werden die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer ausgewiesen. Ein Steueraufwand ist mit positivem, ein Steuerertrag mit negativem Vorzeichen saldiert darzustellen.



## 4. Zusatzangaben

Bei den Kennzahlen ist jeweils der Berechnungsmodus zum internen Ergebnis bekannt zu geben.

### 4.1 Kennzahlen

- Cost income ratio (CIR)
- Eigenkapitalrendite (return on equity - ROE)
- Gesamtkapitalrendite (return on assets - ROA)

Die Kennzahlen müssen immer und auf zwei Kommastellen gerundet gemeldet werden. Die Kennzahlen können durch ein negatives Ergebnis auch negatives Vorzeichen annehmen. Abgestimmt mit der Abteilung Bankenanalyse der OeNB ist die folgende Vorgangsweise bei der Meldung der Ertragskennzahlen ROA und ROE zu beachten.

- 1) wenn die aktuelle Ertragskomponente (i.d.R. das Quartals- bzw. Jahresergebnis) zum jeweiligen Stichtag beim ROA und ROE negativ ist: eine negative ROA und ROE zu melden.
- 2) wenn die aktuelle Eigenkapitalkomponente zum jeweiligen Stichtag beim ROE negativ ist: ein Null für ROE zu melden.
- 3) wenn beide aktuellen Komponenten zum jeweiligen Stichtag beim ROE negativ sind: ein Null für ROE zu melden.

### 4.2 Zusatzangaben (Segmentinformationen)

Bei den Zusatzangaben handelt es sich um eine regionale Segmentierung einzelner Positionen.

- Darstellung nach bankinterner Praxis in jeder beliebigen Ausprägung (Banken, Kunden- oder Konzernebene)
- Gesamtes Eigenmittelerfordernis nach BWG
- Zugewiesene Eigenmittel nach interner Rechnung
- Kundenforderungen
- Bilanzsumme

Die Summe der jeweiligen Segmente der Position „Sonstige Betriebserträge“ in den Zusatzangaben ist gleich die Summe der GuV-Positionen „Erträge aus WP und Beteiligungen“, „Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften und „Sonstige Betriebserträge“. Die Summe der jeweiligen Segmente der Position „Risikokosten aus dem Kreditgeschäft“ in den Zusatzangaben ist gleich die Summe der GuV-Position „Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen und Rückstellungen“.

Für die Meldung beinhaltet die Region „CEE“ 29 Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) sowie Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (CIS): Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan.



Der vorherrschende Ursprung, die Art der Risiken und die Erlöse eines Melders bestimmen, welche geografischen Segmente für die Zuordnung von Informationen gewählt werden. Ein geografisches Segment ist ein abgrenzbares, wirtschaftliches Umfeld, in dem der Melder speziellen Risiken und Erträgen ausgesetzt ist, die mit den Tätigkeiten in diesem Umfeld einhergehen. Ein geografisches Segment definiert sich grundsätzlich aus dem Standort der Märkte und Kunden. Für die meisten Unternehmen bestimmt der vorherrschende Ursprung der Risiken und Erlöse, wie das Unternehmen organisiert und geleitet wird. Daher stellen die Organisations- und Managementstruktur, internes Risikomanagement sowie sein internes Finanzberichtssystem den besten Nachweis zum Zweck seiner Segmentberichterstattung dar.

Für die Meldepositionen der Tabelle „Zusatzangaben (Segmentinformationen)“ sind die gleiche Vorzeichenregelung, wie bei den entsprechenden Hauptpositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Bilanz, anzuwenden.



## **E. HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN**

Welche Position ist für den Ausweis der sonstigen Verwaltungsaufwendungen sowie der WB auf Aktivposten 9 und 10 zu verwenden?

*Alle Verwaltungsaufwendungen, die NICHT den Personalaufwendungen zugeordnet werden, sind unter die "Sonstige betriebliche Aufwendungen" anzugeben.*

Welche Position ist für den Ausweis der sonstigen Steuern zu verwenden?

*Sonstige Steuern sollen unter der Position 9 "Sonstige betriebliche Aufwendungen" erfasst werden. Hierüber ist zwar V. "Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" nicht betragsgleich mit Anlage 2 zu Artikel I § 43 Teil 2 BWG, jedoch die Endsumme VI. "Jahresergebnis bzw. Periodenergebnis vor Rücklagenbewegung nach Risiko und Steuern".*

Sind unter der Position „VII. Risikokosten aus dem Kreditgeschäft“ auch Risikokosten aus dem Leasinggeschäft gemeint?

*Ja, hierunter sind alle Kreditrisikokosten aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (nicht nur aus Kreditgeschäften) zu erfassen. Die Summe der einzelnen, regionalen Segmenten muss die Summe der GuV-Position: "Saldo Dotierung/Auflösung WB und Rückstellungen" ergeben. Siehe dazu die veröffentlichten Prüfregeln.*

Welche Nominalseite ist bei einem Cross Currency Swap (CCS) in der Meldung heranzuziehen? Je nach Swapseite unterscheiden sich die Nominalwerte, da die verschiedenen Währungen mit unterschiedlichen Devisenkursen bewertet werden?

*Es ist für jede Seite eines CCS in Fremdwährung mit dem Devisenkurs der jeweiligen Währung zum Meldestichtag auf Euro umzurechnen und der Nominalwert in der Meldung kauf- oder verkaufsseitig anzugeben.*

**NEU:** Eine EWR-Mutterfinanzholding hat zwei KI-Töchter (keine davon im Sitzstaat der Finanzholding) in zwei unterschiedlichen EWR-Staaten (einer davon Österreich) - aufgrund von § 30 Abs 2 BWG besteht hier eine KI-Gruppe - nehmen wir an das österreichische KI ist übergeordnetes KI. Das übergeordnete KI hat einen Konzernabschluss nach § 59 für die KI-Gruppe aus Sicht der Finanzholding zu erstellen - das andere EWR-KI wird vollkonsolidiert. § 74 Abs. 1 sagt ziemlich klar dass für jedes gemäß §59 BWG vollkonsolidierte Auslandstochterbank auch VERA-Meldungen zu erstellen sind. Die konkrete Frage für diesen Fall wäre also nun ob das übergeordnete KI die VERA-Meldungen für die Schwester-Auslandsbank zu erstellen hat oder nicht?

*Die Konzernrechnungslegung nach §§ 59 und 59a BWG und damit verbunden auch die VERA beruhen auf § 30 BWG und nicht auf dem UGB. Die Spezialnormen des BWG gehen in jedem Fall vor, d.h. § 74 Abs. 1 letzter Satz gilt, egal ob das übergeordnete KI mit Sitz in Österreich nun ein Mutterunternehmen ist oder nicht.*

### **Tabelle Kennzahlen und Zusatzangaben:**

X AG hat Eigenmittel in Höhe von 10 Mrd. EUR Tochter in Rumänien hat Eigenmittel in Höhe von EUR 1 Mrd. Buchwert der X AG an der rumänischen Tochter beträgt EUR 4 Mrd. Somit ergibt sich in der Eigenmittelkonsolidierung auf Ebene der KI Gruppe für die rumänische Tochter ein negativer Unterschiedsbetrag von EUR 3 Mrd.

*Aussage ist falsch, es entsteht ein positiver UB von 3 Mrd. Klarstellung zum Unterschiedsbetrag gemäß § 24 Abs. 2 Z. 2 BWG: Ist der Beteiligungsbuchwert höher als das anteilige Eigenkapital, dann entsteht aus der Kons. Vermögens- und Erfolgsausweis von Bankkonzernen gem. § 59 BWG*



*Kapitalkonsolidierung ein aktiver Unterschiedsbetrag (z.B. Firmenwert, ggf. stille Reserven). Dies wird in der üblichen Diktion in der Rechnungslegung als positiver Unterschiedsbetrag bezeichnet, auch wenn man genaugenommen nur von einem aktiven Unterschiedsbetrag sprechen dürfte. Im umgekehrten Fall entsteht ein passiver (=negativer) Unterschiedsbetrag (entspricht einem negativen Firmenwert). Ein aktiver ("positiver") Unterschiedsbetrag vermindert die offenen Rücklagen (§ 24 Abs. 2 Einleitungssatz), wirkt sich also negativ auf die Eigenmittel aus (was Sie offenbar mit "negativ" zum Ausdruck bringen wollten).*

Wie soll dieser Sachverhalt in der Segmentierung dargestellt werden? Variante 1:

Österreich 10 Mrd (=Eigenmittel der X AG)

CEE -3 Mrd (= 1 Mrd. Eigenmittel der rumänischen Tochter abzgl. 4 Mrd. Beteiligungsbuchwert)

Variante 2:

Österreich 6 Mrd (=Eigenmittel der X AG abzgl. 4 Mrd.

Beteiligungsbuchwert an der rumänischen Tochter) CEE 1

Mrd. (=Eigenmittel der rumänischen Tochter) Variante 3

(ohne Berücksichtigung des Buchwertes): Österreich 10

Mrd. (=Eigenmittel der X AG)

CEE 1 Mrd. (=Eigenmittel der rumänischen Tochter)

*Variante 2 ist nach Ansicht der FMA richtig: die Eigenmittel-Verminderung ist wirtschaftlich der Mutter zuzurechnen, weil diese in den Firmenwert (aufsichtrechtlich wertlos) investiert hat.*

Soll zur Ermittlung des Wertes für die zugewiesenen Eigenmittel auch der Abzug der immateriellen Vermögensgegenstände berücksichtigt werden? Sind die Buchwertabzüge gem. § 23/13/3, 4 und 4a ebenfalls zu berücksichtigen und wie erfolgt die Zuteilung zu den Segmenten (der BW-Abzug entsteht ja nur auf Ebene der KI Gruppe - mittelbar und unmittelbar)? Sind nachrangige Emissionen von Auslandsbanken, die im jeweiligen Heimatland platziert sind, als "zugewiesene Eigenmittel" gemäß Anlage B1 zu verstehen?

*Eigenmittelabzüge aus Vermögenswerten, die von Tochterunternehmen gehalten werden, werden für das Land der Tochter abgezogen. Ansonsten nur im Land des übergeordneten KI (Österreich).*

Zuordnung von hybride TIER I:

Bis inkl. 2007 war es üblich, hybride TIER I über eine Gesellschaft beispielsweise in Jersey zu emittieren. Die Begebung erfolgt Namens der Muttergesellschaft und wird auf Ebene der KI Gruppe den Fremddanteilen zugewiesen. Gehe ich Recht in der Annahme, dass dadurch, dass die Emission direkt in Jersey erfolgt, dieses Fremdkapital (sofern als zugewiesene Eigenmittel" definiert) in der Segmentierung dem Segment "Rest of the World" zuzuordnen ist?

*Ja*